

SCHWERPUNKT

Musik, Theater und das liebe Geld

Die Kulturförderung stand im Mittelpunkt einer Sachverständigenanhörung

7. Juni 2018 – Wie steht es um die finanzielle Situation der kommunalen Theater und Orchester in Nordrhein-Westfalen? Zu dieser Frage haben sich Sachverständige im Ausschuss für Kultur und Medien geäußert.

Hintergrund der Anhörung war ein Antrag der SPD-Fraktion („Theater- und Orchesterpakt erneuern – Landesregierung soll Vielfalt der Theater- und Orchesterlandschaft in Nordrhein-Westfalen sicherstellen“, [17/1992](#)). Die Landesregierung hatte zudem angekündigt, im Kulturhaushalt mehr Geld für die kommunalen Theater und Orchester bereitzustellen. Bis zum Jahr 2022 sollen die Mittel um 30 Millionen Euro erhöht werden. 20 Millionen Euro seien als Basisförderung vorgesehen, 10 Millionen als zusätzliche Förderung für besondere Vorhaben und Profilbildung.

Die angespannte finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden mache es „immer schwieriger, auskömmliche finanzielle Mittel“ zur Bewahrung der kommunalen Theater und Orchester sicherzustellen, so die SPD-Fraktion in ihrem Antrag. Mit ihrem „Theater- und Orchesterpakt“ habe die damalige rot-grüne Landesregierung deshalb im Jahr 2013 „ein Signal für den Erhalt der in den Kommunen vorhandenen Bühnen gesetzt“. Die Landesförderung sei von 14,5 auf 19 Millionen Euro jährlich erhöht worden. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen – etwa gestiegene Betriebskosten – reichten die Fördergelder aktuell nicht mehr aus. Der Pakt bedürfe einer Anpassung.

Nordrhein-Westfalen verfüge mit 26 Theaterunternehmen und 22 Konzertsorchestern über eine „vielfältige und in Europa einzigartige Theater- und Orchesterlandschaft“, so Klaus Hebborn vom Städtetag in einer Stellungnahme für den Ausschuss. 18 Theater seien unter

kommunaler Trägerschaft, ebenso 15 Orchester. Dass die Landesregierung die Förderung nun anheben wolle, sei zu begrüßen. Mit dieser Initiative werde auch „wesentlichen Forderungen des Antrags der SPD-Landtagsfraktion entsprochen“. Der Städtetag halte jedoch an seiner Forderung fest, den Landesanteil der Gesamtförderung mittelfristig auf 20 Prozent zu erhöhen, sagte Hebborn. Mit der aktuell geplanten zusätzlichen Förderung seien es am Ende der Legislaturperiode etwa 9 Prozent.

„Erster Schritt“

Man begrüße das „Engagement der SPD-Fraktion, die kommunalen Theater und Orchester zu stärken“, schrieb die „Orchesterkonferenz NRW“ in ihrer Stellungnahme und hob vor allem die Personalkosten auf dem Kultursektor hervor. „Durch die Beschlüsse der gegenwärtigen Landesregierung wird bereits ein beträchtlicher Aufwuchs für die laufende Legislaturperiode geleistet“, hieß es weiter. Dies könne aber nur „ein erster Schritt sein zu einem prozentual höheren Landesanteil der Theater- und Orchesterfinanzierung“. Häufig sei die Vergabe zusätzlicher Fördermittel mit „Zusatzaufgaben“ verbunden – zum Beispiel Angebote für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen. Die Orchester in NRW hielten jedoch bereits entsprechende Programme vor. Sollten weitere Zusatzaufgaben gefordert werden, so Steffen Schrank von der Orchesterkonferenz, sollte es „möglichst unbürokratische und einfache Richtlinien geben“.

Der Landesanteil werde im Jahr 2022 zwar nicht bei 20 Prozent liegen, dennoch werde man „einen gewaltigen Schritt gegangen sein“, sagte Michael Schmitz-Auferbeck, Generalintendant des Theaters Aachen und Sprecher der ständigen Konferenz der Intendanten in NRW. Insgesamt begrüße man den eingeschlagenen Weg „außerordentlich“. Wichtig seien nun Vereinbarungen zwischen Land, Kommunen und Theatern, „damit die Landesmittel wirklich zu einer Stabilisierung und Verbesserung der Theatersituation beitragen“.

Positiv sei, dass die Städte für die kommenden Jahre Planungssicherheit hätten, sagte Dr. Gert Fischer, Kulturdezernent der Stadt Mönchengladbach. Reinhard Knoll (Kulturrat NRW) wies ebenso wie andere Sachverständige auf die freie Theater- und Orchesterszene hin. Auch dort gebe es Unterstützungsbedarf.

Die Schauspielerinnen Lisa Jopt (Bochum) und Julia Wolff (Wuppertal) machten auf die finanzielle Situation vieler Künstlerinnen und Künstler aufmerksam. Die Gagen seien zu niedrig, sagte Jopt. Es werde zwar „viel Kunst produziert“, allerdings mit „zu wenig Leuten und zu wenig Geld“. Kunst werde gefördert, soziale Standards aber würden nicht berücksichtigt. Nach Angaben von Julia Wolff setzen Männer zudem häufig bessere Gagen durch als Frauen. Außerdem sei es für Alleinerziehende schwierig, aufgrund der Arbeitszeiten eine Kinderbetreuung sicherzustellen. *zab*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9